

Rechtsprechung kompakt

— Gabriele Göhler-Schlicht, Vorsitzende Richterin am OLG Köln

Allgemeines

Die **lebenslange Unscheidbarkeit** der Ehe nach kanonischem Recht kann im Einzelfall mit Art. 6 Abs. 1 GG und deutschem *ordre public* unvereinbar sein (BGH, Urt. v. 11.10.2006 – XII ZR 79/04).

Ehegattenunterhalt

1. Die **Verwirkung** wegen des Zusammenlebens mit einem Partner nach **§ 1579 Nr. 7 BGB** kommt nicht nur bei langjährigem Zusammenleben, sondern auch ohne gemeinsame Haushaltsführung in Betracht, wenn es sich um ein auf Dauer angelegtes Verhältnis handelt (OLG Koblenz FamRZ 2006, 1540).
2. Wendet sich der Unterhaltsgläubiger schon während der Ehe einem anderen Partner zu, mit dem er nach der Trennung in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, so kann der Trennungsunterhaltsanspruch bereits nach **§ 1579 Abs. 6 BGB** verwirkt sein (KG FamRZ 2006, 1542). Vgl. auch OLG Hamm FamRB 2006, 295 [*Brielmaier*].
3. Der nacheheliche Unterhalt kann **trotz Betreuung eines gemeinsamen Kindes verwirkt** sein, wenn sich die Unterhaltsgläubigerin eines schweren vorsätzlichen Vergehens i.S.d. **§ 1579 Nr. 2 BGB** (wiederholte schwerwiegende

Beleidigungen und nicht haltbare Anschuldigungen) gegen den Unterhaltsschuldner schuldig gemacht und durch fortgesetztes schuldhaftes **massives Vereiteln des Umgangsrechts** des Kindes mit dem Unterhaltsschuldner ein schwerwiegendes Fehlverhalten an den Tag gelegt hat (§ 1579 Nr. 6 BGB). In einem solchen Fall kann es ihr zuzumuten sein, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und die Pflege und Erziehung des Kindes auf andere Weise als durch die elterliche Betreuung sicherzustellen (OLG München FamRZ 2006, 1605).

4. Ein Anspruch auf **Altersunterhalt** besteht **nicht**, wenn der während der Ehe wirtschaftlich Stärkere **erst auf Grund des Versorgungsunterhalts bedürftig** wird, aber nicht mit einem Rechtsmittel gegen die Entscheidung zum Versorgungsausgleich vorgegangen ist (OLG Celle FamRZ 2006, 1544).
5. Zur **Ermittlung des konkreten Bedarfs** einer Ehefrau wegen überdurchschnittlicher Einkommensverhältnisse des Ehemannes vgl. OLG Hamm FamRZ 2006, 1603.
6. Der **Wert der Privatnutzung eines Firmenfahrzeugs** ist mit dem Betrag anzusetzen, den der Schuldner spart, weil er von der Anschaffung eines eigenen, seinen beengten Verhältnissen ggf. entsprechenden Fahrzeugs absieht. Im Mangelfall kann er ggf. ganz unberücksichtigt bleiben oder den Betrag ausmachen, den der Schuldner für Privatfahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln spart (OLG Karlsruhe FuR 2006, 472).

Unterhalt der Mutter des nichtehelichen Kindes

Die Befristung des Unterhaltsanspruchs nach § 1615I BGB auf drei Jahre bewirkt **keine verfassungswidrige Schlechterstellung** der Mutter des nichtehelich geborenen Kindes. In verfassungskonformer Auslegung ist unter Berücksichtigung von kind- und elternbezogenen Gründen zu entscheiden, ob die Versagung des Anspruchs nach drei Jahren grob unbillig ist (BGH FamRZ 2006, 1362 m. Anm. *Schilling*; FuR 2006, 457; *Soyka*, FK 2006, 173).

Kindesunterhalt

1. Ein **vollschichtig erwerbstätiger Unterhaltsschuldner** minderjähriger Kinder ist zur Aufnahme einer **Nebentätigkeit** verpflichtet, wenn ihm dies im Einzelfall zumutbar ist und ihn zeitlich und physisch nicht unverhältnismäßig belastet (OLG Düsseldorf FuR 2006, 425).
2. Einem Elternteil, der nicht über eine qualifizierte Berufsausbildung verfügt, kann ein **fiktives Monatsbruttoeinkommen von 1.640 EUR** (164 Stunden x 10 EUR/Stunde) zugerechnet werden (OLG Düsseldorf OLGR 2006, 767).
3. Grundsätzlich ist jeder Elternteil verpflichtet, das **Existenzminimum** des bei dem anderen Elternteil lebenden Kindes **sicherzustellen**, auch wenn er selbst ein weiteres gemeinsames Kind betreut (OLG Hamm OLGR 2006, 685).

4. Eine Mutter ist zu einer **Ausweitung ihrer fast vollschichtigen Tätigkeit nicht verpflichtet**, wenn der das gemeinsame Kind betreuende Ehegatte unter Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen in der Lage ist, den Barunterhalt ohne Gefährdung seines eigenen angemessenen Unterhalts zu leisten (OLG Hamm FamRZ 2006, 1628).
5. Das an die zweite Ehefrau des seinen Kindern aus erster Ehe unterhaltspflichtigen Schuldners ausgezahlte **Erziehungsgeld** berührt dessen Unterhaltspflicht auch dann nicht, wenn der Anspruch der zweiten Ehefrau auf Familienunterhalt mit dem Kindesunterhalt gleichrangig ist und es sich im absoluten Mangelfall deshalb auf die Quote des geschuldeten Kindesunterhalts auswirkt (BGH FuR 2006, 408; FK 2006, 168).
6. Der Ausschluss eines Unterhaltsanspruchs eines 32-jährigen, nichtehelichen Sohnes, der wegen Drogenschmuggels eine Freiheitsstrafe von acht Jahren in Ecuador verbüßt, bedarf gem. § 1611 BGB einer **umfassenden Billigkeitsprüfung** (OLG Hamm OLGR 2006, 765).

Elternunterhalt

Auch im Rahmen des Elternunterhalts muss der Unterhaltsschuldner grundsätzlich den **Stamm seines Vermögens** einsetzen. Er braucht aber unter Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen seinen **eigenen angemessenen Unterhalt** einschließlich einer **angemessenen Altersvorsorge** nicht zu gefährden. Dabei steht es ihm frei, in welcher Weise er neben der gesetzlichen Altersvorsorge Vorsorge für sein Alter trifft. Sichert er den Fortbestand seiner gegenwärtigen Lebensverhältnisse durch **Sparvermögen oder ähnliche Kapitalanlagen**, muss ihm davon jedenfalls der Betrag verbleiben, der sich aus der Anlage der ihm unterhaltsrechtlich zuzubilligenden zusätzlichen Altersvorsorge (bis zu 5 % des Bruttoeinkommens beim Elternunterhalt) bis zum Renteneintritt ergäbe (BGH FamRZ 2006, 1511 m. Anm. *Klinkhammer*; FamRB 2006, 327 [*Hauß*]).

Eheliches Güterrecht

Versäumt ein Ehegatte, seinen **Anspruch auf Zugewinnausgleich im Scheidungsverbundverfahren gerichtlich geltend zu machen**, so kann er der Teilungsversteigerung der gemeinsamen Immobilie, die nahezu das gesamte Vermögen darstellt, **nicht mehr gem. § 771 ZPO widersprechen** (OLG Hamm FamRB 2006, 293 [*Kogel*]; *Büte*, FK 2006, 172).

Versorgungsausgleich

1. Ein Versorgungsausgleich wegen Rentenanwartschaften, die die Ehefrau **während des Studiums des Ehemannes** erworben hat, ist wegen grober Unbilligkeit gem. § 1587c Nr. 1 BGB **auszuschließen**, wenn sie mit ihrem Einkommen ganz entscheidend dazu beigetragen hat, dass der Ehemann sein Studium erfolgreich durchführen und abschließen konnte (OLG Hamm FamRZ 2006, 1457).

2. Ein Ausschluss des Versorgungsausgleichs nach § 1587c Nr. 1 BGB kann gerechtfertigt sein, wenn ein **Selbständiger es unterlässt, Altersvorsorge zu betreiben** und dies als illoyal und grob leichtfertig zu bewerten ist (OLG Karlsruhe FamRZ 2006, 1457).
3. Entgegen den Bedenken des OLG Oldenburg (FamRZ 2006, 1389) ist nach Ansicht des OLG Frankfurt ein Verstoß gegen den Halbteilungsgrundsatz bereits nach der **Barwertverordnung** v. 26.5.2003 und erst recht nach der Barwertverordnung v. 3.5.2006 auch unter Berücksichtigung der Entscheidungen des BVerfG v. 2.5.2006 (FamRZ 2006, 1000 ff. und 1002 ff.) nicht mehr festzustellen. Soweit das BVerfG die Verfassungswidrigkeit der „neuen“ Barwertverordnung (damals war damit noch diejenige v. 26.5.2003 gemeint) in Zweifel gezogen hat, bezog sich dies nur auf den konkreten Fall einer festgestellten Teildynamik im Anwartschaftsstadium eines Anrechts (OLG Frankfurt FamRZ 2006, 1545 m. Anm. *Glockner*; FamRB 2006, 331 [*Hauß*]; ebenso OLG Celle, Beschl. v. 25.9.2006 – 10 UF 201/06 – und OLG Nürnberg, Urt. v. 12.10.2006 – 11 UF 323/06; vgl. auch *Bergner*, FuR 2006, 436).

Sorge- und Umgangsrecht

1. Im Rahmen der Auslegung des § 1632 Abs. 4 BGB und bei der Gestaltung des Verfahrens ist der **Bedeutung des Elternrechts** Rechnung zu tragen. Bei der Wahrnehmung der Pflege des Kindes haben die leiblichen Eltern grundsätzlich Vorrang. Die **Rückkehr eines zu Behandlungszwecken nach Deutschland gereisten afghanischen Kindes** kann nur bei schwerwiegendem Fehlverhalten der Eltern oder einer erheblichen Gefährdung des Kindeswohls im Falle der Rückführung versagt werden (BVerfG FamRZ 2006, 1593).
2. Ist einer Mutter das Sorgerecht zu entziehen und besteht **noch keine tragfähige Beziehung zwischen dem Kind und dem erziehungsgerechten Vater**, so kann es geboten sein, ihm das bisher gemeinsam mit der Mutter ausgeübte **Sorgerecht zu belassen und eine befristete Verbleibensanordnung zu erlassen** (OLG Hamm FamRZ 2006, 1476).
3. Der **vorläufige Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts** im Wege der einstweiligen Anordnung setzt voraus, dass ein **dringendes Bedürfnis** für ein unverzügliches Einschreiten besteht. Ist eine einstweilige Anordnung bereits über **längere Zeit vollzogen**, so entspricht es **grundsätzlich nicht dem Wohl des Kindes, die getroffene Maßnahme im Beschwerdeverfahren abzuändern und einen erneuten Ortswechsel des Kindes herbeizuführen** (OLG Hamm FamRZ 2006, 1478; FuR 2006, 763).

Adoption

Die Ersetzung der Einwilligung nach § 1748 Abs. 4 BGB kommt auch bei Fehlen eines **gelebten Eltern-Kind-Verhältnisses** regelmäßig nur dann in Betracht, wenn der Vater selbst

durch sein Verhalten das Scheitern eines solchen Verhältnisses zu verantworten hat (BVerfG FamRZ 2006, 1355 m. Anm. *Rösler/Reimann*).

Internationales Recht

1. Die **Morgengabe der islamischen Rechte** ist als Ehwirkung i.S.d. Art. 14 EGBGB einzuordnen. Sie stellt nach der Revolution von 1979 mehr als nur eine symbolische Geste dar. Ist nach dem Vertrag eine **bestimmte Anzahl von Goldmünzen** geschuldet, so kann eine Verurteilung zur Zahlung einer Geldsumme nicht erfolgen, weil es sich nicht um eine Geldsortenschuld nach § 245 BGB handelt (OLG Köln FamRZ 2006, 1380).
2. Im Rahmen des Zugewinnausgleichs bei der sog. **Errungenschaftsbeteiligung** nach der ab 1.1.2002 geltenden Neufassung des **türkischen ZGB** kann der Kläger – jedenfalls im Wege der Anpassung entsprechend dem deutschen Auskunftsanspruch – auch **Auskunft** über das Gesamtvermögen im Zeitpunkt der Zustellung des Scheidungsantrags verlangen (OLG Hamm FamRZ 2006, 1383).
3. Die **Unbeachtlichkeit des Widerspruchsrechts** des scheidungsunwilligen Ehepartners erfordert gem. § 166 Abs. 3 türk. ZGB **Rechtsmissbräuchlichkeit wegen fehlenden Interesses an der Aufrechterhaltung der Ehe** (KG FamRZ 2006, 1386).
4. Regelt ein **ausländisches Gericht die elterliche Sorge ohne Anhörung der betroffenen Kinder**, ist die Sorgerechtsentscheidung hier **nicht anerkennungsfähig** (OLG Frankfurt FamRB 2006, 77 [*Block*]).
5. Zur nachträglichen (konkludenten) **Genehmigung der widerrechtlichen Entführung eines Kindes nach dem Haager Kindesentführungsübereinkommen** durch ein „Einlassen“ des (Mit-)Sorgeberechtigten auf die durch die Entführung geschaffene neue Situation (OLG Karlsruhe, Beschl. v. 14.8.2006 – 2 UF 139/06).

Verfahrensrecht

1. Die **Namensnennung des Vaters** einer Richterin im Briefkopf des (früheren) Prozessbevollmächtigten einer Partei begründet **nicht die Besorgnis der Befangenheit** (BGH FamRZ 2006, 1440).
2. Der **nicht sorgeberechtigte Vater** kann gegen die Entscheidung, der Kindesmutter die elterliche Sorge nicht nach § 1666 BGB zu entziehen, **Beschwerde nicht einlegen** (OLG Hamm FamRZ 2006, 1467).
3. Auch im **vereinfachten Unterhaltsverfahren** nach §§ 645 ff. ZPO besteht grundsätzlich eine **richterliche Hinweispflicht** entsprechend § 139 Abs. 2 ZPO. Dies gilt insbesondere bei **offenkundigen Formularausfüllungsfehlern** und reinen Versehen, zumal es **nicht prozessökonomisch** ist, wegen einer übertriebenen Formalisierung den Unterhaltsschuldner auf die Korrekturklage nach

§ 654 ZPO zu verweisen, anstatt die Überleitung ins streitige Verfahren nach §§ 650, 651 ZPO zu ermöglichen (OLG Karlsruhe FamRZ 2006, 1548).

Prozesskostenhilfe

1. Dem Berufungsbeklagten kann Prozesskostenhilfe nicht mit der Begründung versagt werden, dass noch **nicht über die Möglichkeit eines Beschlusses nach § 522 Abs. 2 ZPO entschieden** worden sei und deshalb keine Notwendigkeit zur Rechtsverteidigung bestehe (OLG Schleswig FamRZ 2006, 1550).
2. Wenn Berufung in vollem Umfang eingelegt und damit die Berufungssumme erreicht wird, ist **hinsichtlich des Erfolg**

versprechenden Teils dieser Berufung Prozesskostenhilfe zu bewilligen, auch wenn dieser Teil allein die Berufungssumme nicht erreicht (OLG Karlsruhe FamRZ 2006, 1396; FuR 2006, 429).

Kostenrecht

Wird ein **schriftlicher Vergleich** nach § 278 Abs. 6 ZPO geschlossen, erhält der Prozessbevollmächtigte immer auch eine **Terminsgebühr** nach VV RVG Nr. 3104 (BGH FamRZ 2006, 1441).